

# Sprachenpolitik in den ex-sowjetischen muslimischen Staaten: Kazachstan, Kyrgyzstan, Uzbekistan, Turkmenistan, Tadžikistan und Azerbajdžan – ein Projektbericht

von Brigitte Heuer und Barbara Kellner-Heinkele, Berlin

Im Ankunftsbereich des Taškenter Flughafens erinnert seit der Fertigstellung der langwierigen Sanierungsarbeiten im vergangenen Sommer nichts mehr an frühere Zeiten, der typisch sozialistische Desinfektionsmittelgeruch ist verschwunden, alles präsentiert sich hell, elegant, modern. Für die aufmerksamen BeobachterInnen sprachpolitischer Neuerungen unter den Reisenden nicht ganz überraschend: Hinweisschilder nunmehr in drei Sprachen, nämlich in Usbekisch (in lateinischer Schrift), in Russisch und in Englisch. Derartige Phänomene, wie Alphabet- und Sprachwechsel, sind Untersuchungsthemen des von der German-Israel-Foundation (GIF), Jerusalem, geförderten Projektes „Language and Politics in Contemporary Central Asia. Ethnonationalism in the Ex-Soviet Muslim Republics“.

Das Projekt beschäftigt sich mit Sprachenpolitiken und ihrer Implementation im postsowjetischen Zentralasien und der Kaukasusrepublik Azerbajdžan für den Zeitraum der vergangenen 12 Jahre. Es wird in bilateraler Kooperation von Prof. Barbara Kellner-Heinkele (Institut für Turkologie der Freien Universität Berlin) und Prof. Jacob M. Landau, Jerusalem (The Hebrew University, Department of Political Science) seit Frühjahr 1997 mit einer Laufzeit von drei Jahren durchgeführt. Ergänzend zu den GIF-Mitteln hat die Kommission für Forschung und Wissenschaftlichen Nachwuchs der Freien Universität Berlin in diesem Jahr dankenswerterweise eine kleine Förder-summe bereitgestellt, um die Weiterarbeit der Berliner Projektmitarbeiterin, Brigitte Heuer, wenigstens per Werkverträgen sicherzustellen.

Die ehemals sowjetischen fünf zentralasiatischen Republiken Kazachstan, Kyrgyzstan, Uzbekistan, Turkmenistan und Tadžikistan sowie die Kaukasusrepublik Azerbajdžan haben – eigentlich eher *volens volens* – im Jahre 1991 ihre Unabhängigkeit erklärt und befinden sich nun im schwierigen Prozeß des Übergangs zu Demokratie und Marktwirtschaft; sie streben, auf unterschiedliche Weise, eine nachholende Modernisierung an. Ihre Regierungen sehen sich ebenfalls vor der Aufgabe, ihre Nationalstaatlichkeit zu festigen, die im Falle der zentralasiatischen Republiken kaum sieben Jahrzehnte alt ist und relativ künstlich geschaffen wurde. Die Bevölkerungen dieser Republiken weisen eine mehr oder minder große ethnische Inhomogenität und Dispersion auf. Der Sicherung ethнопolitischer Stabilität kommt im Bewußtsein der Regierungen dieser Staaten großer Stellenwert zu.

## Sprachenfrage und nationale Identität

Die Sprachenfrage spielte und spielt in den öffentlichen Debatten dieser Länder um Fragen der „nationalen Identität“

ihre Wiederbelebung bzw. Neukonstruktion sowie gleichzeitig um die Festigung eines *alle* Staatsbürger, unabhängig von ihrer ethnischen Zuordnung, integrierenden kazachstanischen, uzbekistanischen etc. Nationalgefühls in den multiethnischen Republiken eine besondere Rolle. In der Sowjetunion wurde die russische Sprache seit den 30er Jahren nicht nur als Kommunikationsmittel zwischen den Nationalitäten gefördert bzw. massiv propagiert, sondern auch als Instrument kultureller und ideologischer Integration im Sinne der propagierten „Annäherung“ und letztlich „Verschmelzung“ der Nationalitäten forciert, bis hin zur Reduktion der einheimischen Sprachen auf „Küchenkazachisch“<sup>1</sup>, ja sogar bis hin zum gänzlichen Verlust der Muttersprache bei Teilen der einheimischen Eliten (besonders ausgeprägt in Kazachstan und Kyrgyzstan). Diese Tendenz wurde durch die hohen Zuwanderungsquoten russischsprachiger Bevölkerungsgruppen, hauptsächlich in den urbanen Raum, noch verstärkt. Auf der Ebene der Schriftlichkeit haben die zentralasiatischen Völker in sowjetischer Zeit verschiedene Alphabetwechsel durchgemacht, die sie von ihrem kulturellen Erbe weitgehend entfernten, ja abtrennten.<sup>2</sup>

Politische Mobilisierung nach dem Einsetzen von Perestrojka und Glasnost in der zweiten Hälfte der 80er Jahre vollzog sich in den untersuchten Ländern, ausgehend von kulturellen Eliten, wesentlich über Fragen der nationalen und kulturellen Selbstbehauptung (und kaum über die Einforderung beispielsweise der *civil society*). Die Sprachenfrage spielte in diesen Debatten und Forderungen nach größerer kulturpolitischer Autonomie eine herausragende symbolische Rolle, wie die schon 1989, also vor den Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen, in jeder Republik verabschiedeten Sprachgesetze dokumentieren. Sie erhoben die Sprache der „Titularnation“ zur Staatssprache<sup>3</sup> und setzten unterschiedliche Fristen für den vollständigen Übergang zur Staatssprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens – eine Zielsetzung, die insbesondere in Kazachstan und Kyrgyzstan mit ihren hohen slawischen bzw. russischsprachigen Bevölkerungsanteilen nicht unerhebliche ethнопolitische Brisanz hat(te). Diese Fristen sind freilich später als unrealistisch revidiert worden.

## Rückbesinnung und Neuorientierung

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit, welche die betreffenden Staaten – im Gegensatz zu den baltischen Republiken – wenig aktiv angestrebt hatten, bedient(e) sich die politische Führung, die ganz überwiegend der alten

Nomenklatura entstammt, weiterhin nationaler nationalstaatlicher Rhetorik und Ziele als einer politischen Ressource, die ihr Legitimität verschafft, von den Schwierigkeiten und Härten der Transformationsperiode ablenkt bzw. durch die vorrangige Propagierung „nationaler Größe“ und der „Rückkehr zu den kulturellen und historischen Wurzeln“ den in einigen Republiken nur sehr zögerlich verfolgten Übergang zu Reformen im wirtschaftlichen und politischen Bereich verdeckt. Der Sprache als Symbol nationaler Unabhängigkeit und Selbstbestimmung kommt hier – zumindest rhetorisch – eine herausragende Rolle als Mittel der Identitätsstiftung zu. Der – freilich nicht in allen Republiken – geplante oder schon vollzogene Schriftwechsel (Übergang zu Lateinalphabeten) dokumentiert den intendierten Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit und die Hinwendung zum Westen. Die Zurückdrängung des russisch-sowjetischen Einflusses zeigt sich auch teilweise im Bestreben nach linguistischem Purismus, der insbesondere von sehr nationalistisch gesinnten Intellektuellen gefordert wird.

Die sowjetische Sprachenpolitik in ihren historischen Phasen ist verschiedentlich wissenschaftlich, auch komparativ, bearbeitet worden. Für die postsowjetische Zeit, die Periode seit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit, welche den Beginn unterschiedlicher Entwicklungswege in den Staaten der Untersuchungsregion markiert, liegen zwar einzelne Aufsätze zu einigen der im vorliegenden Forschungsprojekt untersuchten Länder und zu Teilaspekten vor, eine vergleichende Gesamtschau wurde jedoch bisher noch nicht geleistet.<sup>4</sup>

### Zielsetzung des Projekts

Ziel des Projekts ist es, eine zusammenfassende, komparative Darstellung und Analyse der sprachpolitischen Entwicklungen und ihrer ethnopolitischen Implikationen in den post-sowjetischen Staaten Zentralasiens einschließlich der Republik Azerbajdžan auf dem Hintergrund der politischen Gesamtentwicklungen dieser Länder seit dem Zerfall der Sowjetunion zu erarbeiten.

Als Teilziele lassen sich insbesondere benennen:

- Analyse der Sprachenpolitik seit Ende der 80er Jahre bis 1998, unter Berücksichtigung der spezifischen historischen, politischen, ethnosozialen und kulturellen Strukturen und Besonderheiten der Region: Insbesondere der Niederschlag der Sprachenpolitik in Verfassungen und Einzelgesetzen und ihre Modifikationen im Zeitverlauf; Planung und Zeithorizonte der anvisierten Umsetzung sprachpolitischer Neuerungen und gegebenenfalls Revision von Konzepten; konkrete Auswirkungen der Sprachenpolitik auf Verwaltung, Wirtschaft, Bildungswesen, Medien und andere wichtige gesellschaftliche Bereiche.
- Analyse des Diskurses um Sprachenpolitik und seiner ideologischen Hintergründe, der unterschiedlichen Wahrnehmungen und Positionen der Eliten wie auch der Relevanz der Sprachenpolitik im Bewußtsein der Bevölkerung und deren Akzeptanz.

– Analyse der mit der jeweiligen Sprachenpolitik verbundenen finanziellen, technischen, kulturellen, sozialen und politischen Probleme, Restriktionen und Implementationschwierigkeiten und der vorgeschlagenen Lösungsansätze.

– Untersuchung der Reaktionen auf sprachpolitische Weichenstellungen, insbesondere der Haltung der sprachlich und kulturell partiell russifizierten Eliten sowie der Reaktionen und Optionen der ethnischen Minderheiten, v.a. der russischen und russischsprachigen Bevölkerungsgruppen, die sich beispielsweise in verstärkten Migrationstendenzen äußer(te)n (denen allerdings ein komplexes Bündel von Ursachen zugrunde liegt); Einschätzung – soweit im Rahmen des Projektes leistbar – der Auswirkungen der Sprachenpolitik im Alltagsleben der Bevölkerungen dieser Staaten.

### Schwerpunkte des Projekts

Als Hauptuntersuchungsfelder haben sich im bisherigen Verlauf der Projektbearbeitung die folgenden Bereiche herauskristallisiert:

1. Sprachengesetze und einschlägige Verfassungstexte in den untersuchten Republiken, die zunächst unter dem Aspekt standen, den Status der russischen Sprache zugunsten der Sprache der Titularnation abzuwerten. In einigen Republiken (Kazachstan und Kyrgyzstan) kam es jedoch auch zu gegenläufigen Entwicklungen, die dem hohen russischen Bevölkerungsanteil (im Jahre 1989 in Kazachstan fast 38 %, in Kyrgyzstan 21,5 %) und der fort-dauernden Bedeutung des Russischen als zwischen-nationales Kommunikationsmittel sowie als Sprache von Wissenschaft und Technik Rechnung tragen. Schwierigkeiten, den Gebrauch der Staatssprache im öffentlichen Leben tatsächlich durchzusetzen, beispielsweise finanzielle Restriktionen, aber auch nachlassender Elan und Verlagerung politischer Prioritäten zu anderen Politikzielen, führten zur Verschiebung der Termine für die endgültige Geltung der Staatssprache in allen gesellschaftlichen Bereichen.
2. Unterschiedlicher Gebrauch der Staatssprache als Unterrichtssprache: Vermehrt in Uzbekistan und Azerbajdžan, stagnierend in Kazachstan; Orientierung auf westliche Fremdsprachen zu Lasten des Russischen bzw. in neuerer Entwicklung auf Dreisprachigkeit (Titularsprache, Russisch, Englisch) im Vorschul-, Schul- und Hochschulbereich.
3. Alphabetwechsel: Von der Kyrilliza zu Lateinschriften in den Republiken Uzbekistan, Turkmenistan und Azerbajdžan bzw. – beschlossen, aber nicht umgesetzt – zu Arabisch in Tadžikistan. Auch hier führten die damit verknüpften immensen finanziellen und organisatorischen Probleme zur Verlangsamung des Umsetzungstempos und zur Verschiebung der Termine für den endgültigen Übergang zur Lateinschrift. In Kazachstan und Kyrgyzstan haben Diskussionen akademischer Zirkel um eine mögliche Schrift-

reform nur geringe politische Relevanz, Änderungen sind hier in absehbarer Zeit wohl nicht zu erwarten.

4. Unterschiedlich stark ausgeprägter linguistischer Purismus in Form terminologischer Reformen: Teils Entfernung von Wörtern russischer Herkunft, teils phonetische Adaptation solcher Termini in den entsprechenden Sprachen; ggf. Propagierung von Neuschöpfungen aus dem linguistischen Fundus der Turksprachen bzw. des Persischen oder Einführung von Internationalismen; Modernisierung der Titularsprachen im Hinblick auf neue Funktionsbereiche (Wissenschaft und Technik) – ein Vorgang, der ebenfalls Neuschöpfungen und Adaptionen verlangt. Stark im Vordergrund stehen außerdem toponymische Änderungen, welche die Abkehr von der sowjetischen Vergangenheit manifestieren.

5. Analyse der Akzeptanz und Unterstützung der Sprach- und Alphabetreform durch die Öffentlichkeit bzw. Analyse der Opposition gegen die Reformen und ihre Durchsetzung, Untersuchung der Argumentationen pro und contra und des politischen Drucks, der ausgeübt wird; Untersuchung des Einflusses interessierter und sprachlich präsender Drittstaaten (Rußland, Türkei, Iran) auf den sprachpolitischen Wandel. Offenheit und Differenziertheit der Diskussionen um Sprachenpolitik und ihre Auswirkungen sind abhängig vom Grad der Demokratisierung der betreffenden Staaten, die eine unterschiedlich restriktive Politik verfolgen.

6. Die Implementation der Sprachgesetze, der Schriftreform und des linguistischen Purismus vollzieht sich in der Praxis – auf der politischen Ebene, im Verwaltungsbereich und in der Wirtschaft in Amts- bzw. Geschäftssprachen, im öffentlichen Leben (Aufschriften, Reklame), in den Medien, im Kultur-, Erziehungs- und Ausbildungswesen – in recht unterschiedlichem Tempo. Insgesamt erweist sich jedenfalls, daß kaum etwas so heiß gegessen wird, wie es Anfang der 90er Jahre gekocht wurde.

### Material- und Informationsbasis

Im Verlauf der Durchführung des Projekts haben die Projektleiter 1997 und 1998 alle Republiken der Untersuchungsregion besucht – mit Ausnahme des weiterhin politisch instabilen Tadschikistan, in dem periodisch bewaffnete Auseinandersetzungen im Gefolge des (formal 1997 durch ein Friedensabkommen beendeten) Bürgerkriegs aufflammten. Bei der ersten Reise wurde in jeder besuchten Republik ein(e) lokale(r) Forschungsassistent(in) vertraglich für das Projekt gewonnen, um nach vorgegebenen inhaltlichen Instruktionen Materialien für das Projekt zu sammeln (Presse, wissenschaftliche Artikel, amtliche Dokumente und Verlautbarungen, Statistiken, Schulbücher und Curricula u.a.), die sich im wesentlichen auf den Zeitraum 1987–98 beziehen. Weiterhin wurden im Rahmen dieser beiden Forschungsaufenthalte von den Projektleitern Interviews mit Politikern, Wissenschaftlern, Praktikern und im Kulturbereich Tätigen geführt,

welche mit Sprachenpolitik, terminologischen Reformen, Alphabetwechsel etc. befaßt sind.

Die Material- und Informationsbasis für das Projekt erwies sich als recht unterschiedlich. Aufgrund der – im Vergleich zu Uzbekistan und erst recht Turkmenistan – weniger rigiden autoritären Strukturen und damit einer breiteren Beteiligung der Öffentlichkeit an politischen Fragen, auch an sprachpolitischen Weichenstellungen und Reformen, aber auch wegen der stärkeren politischen Implikationen ist der Umfang des aus Kazachstan und auch aus Kyrgyzstan vorliegenden Materials sehr viel größer und inhaltlich differenzierter, interessanter und ergiebiger, damit auch aufwendiger zu bearbeiten. Dies gilt auch für die Materialien aus Azerbajdžan. Diese Republik wurde in Abänderung des ursprünglichen Projektantrags mit Einverständnis der GIF erst später in die Untersuchung einbezogen, als absehbar war, daß die Sprachensituation in der Republik Tadschikistan nur sehr eingeschränkt bearbeitet werden konnte. Dafür war die Materiallage in Azerbajdžan, wo den mit der Sprachenfrage und dem Übergang zum Lateinalphabet verknüpften Fragen große Bedeutung beigemessen wird, umso ergiebiger.

Es ist geplant, den Endbericht für das in Arbeit befindliche Forschungsvorhaben in Form einer Monographie „Politics of Language in the Ex-Soviet Muslim States“ Ende 1999 in englischer Sprache zu veröffentlichen.

*Brigitte Heuer* ist Projektmitarbeiterin am Institut für Turkologie und Lehrbeauftragte am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

*Barbara Kellner-Heinkele* ist Univ.-Professorin am Institut für Turkologie der FU Berlin.

<sup>1</sup> Präsident Nursultan Nazarbaev, Kazachstanskaja Pravda, 23.06.1992.

<sup>2</sup> In den 20er Jahren erfolgte der Übergang vom arabischen Alphabet zu unterschiedlichen Lateinalphabeten, die Ende der 30er Jahre durch – wiederum für die einzelnen Turksprachen sowie das Tadschikische voneinander abweichende – kyrillische Alphabete ersetzt wurden.

<sup>3</sup> In Azerbajdžan sowie in Georgien und Armenien enthielten schon die alten Sowjetverfassungen von 1936 einen entsprechenden Passus, dessen Beibehaltung in den neuen Verfassungen von 1978 durch politischen Druck „von unten“ erreicht wurde.

<sup>4</sup> Eine Übersicht sprachpolitisch relevanter Verfassungsartikel, Gesetze und Verordnungen hat kürzlich das Open Society Institute/ Forced Migration Projects, Budapest, zusammengestellt und kommentiert: <http://www.osi.hu/fmp/laws/>.